FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

verkündet am 30.04.1982

3/81

In dem Beschwerdeverfahren

des Kreisverbandes der F.D.P. in H,
vertreten durch den Vorstand

- Antragsteller und Beschwerdeführer -

g e g e n

H aus H,

- Antragsgegner und Beschwerdegegner -

hat das Bundesschiedsgericht durch

Dr. Otfried Sander (Präsident)

Dr. Hans Fuhrmann (Beisitzer)

Dr. Hermann Kohlhase (Beisitzer)

Dr. Peter Wissmann (Beisitzer)

Peter Friederici (Beisitzer)

aufgrund der mündlichen Verhandlung am 30. April 1982 für Recht erkannt:

Die Beschwerden gegen die Entscheidung des Landesschiedsgerichts Nordrhein-Westfalen und der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung werden zurückgewiesen.

Die Entscheidung des Landesschiedsgerichts wird bestätigt: H wird die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern in der F.D.P. für ein Jahr und sechs Monate ab dem 30.4.1982 aberkannt.

Tatbestand

Der Beschwerdegegner ist Mitglied der F.D.P. und Mitglied der Jungdemokraten in H. Seit einiger Zeit, insbesondere nach der Kommunalwahl 1979 kam es zu Kontroversen zwischen dem Vorstand der Deutschen Jungdemokraten und dem Kreisverband in H. Verschiedene Berichte darüber erschienen in der Presse, unter anderem am 25.9., 3.11. und 13.11.1980. Im Dezember 1980 erschien die Ausgabe Nr. 4/1980 der Schülerzeitschrift "R". Es handelt sich um eine überschulische Schüler- und Jugendzeitschrift für H und Umgebung. Im Impressum der Ausgabe Nr. 4 ist der Beschwerdegegner als der Redaktion angehörend aufgeführt und verantwortlich für den Inhalt mit Ausnahme der Anzeigen bezeichnet. In der Ausgabe Nr. 4/1980 von "R" sind eine Reihe von Artikeln enthalten, die Anlaß für Veröffentlichungen in der Presse und Auseinandersetzungen innerhalb des Kreisverbandes H der F.D.P. waren. Es handelte sich besonders um die Artikel "Das Letzte", "Und abermals krächte der Hahn", "Der Papst von A-Z" und "Gedanken über einen Stellvertreter". Außerdem war auf Seite 10 eine Karikatur veröffentlicht mit der Unterschrift: "Kasperle, Kasperle, was machst du mit mir?". Diese Karikatur war auch schon vorher in überregionalen, allgemein zugänglichen Zeitschriften und Veröffentlichungen erschienen.

Der Kreisverband H hat mit Schreiben vom 29.12.1980 an das Landesschiedsgericht in D den Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt. Mit Schreiben vom 6.2.1981 hat der Prozeßbevollmächtigte des Antragsgegners und Beschwerdegegners beantragt, den Ausschlußantrag als unbegründet abzuweisen und zur Begründung auf eine schriftliche Einlassung von H (ohne Datum) Bezug genommen, die auf dem Briefbogen des Bundesverbandes der Deutschen Jungdemokraten geschrieben ist.

Das Landesschiedsgericht hat am 11.3.1981 in der Landesgeschäftsstelle in D über den gestellten Ausschlußantrag verhandelt und im Einvernehmen mit den Verfahrensbeteiligten die Entscheidung im schriftlichen Verfahren angeordnet. Am 5.9.1981 wurde dem Beschwerdegegner, am 7.9.1981 dem Beschwerdeführer die Entscheidung des Landesschiedsgerichtes zugestellt. Die Entscheidung des Landesschiedsgerichtes lautet:

1. Der Antrag auf Ausschluß des H aus der F.D.P. wird zurückgewiesen.
2. H wird die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern für 1½ Jahre ab Rechtskraft dieses Beschlusses aberkannt.
3. Kosten werden nicht erhoben.

Zur Begründung führt das Landesschiedsgericht aus, daß es den Ausschluß des Antragsgegners aus der F.D.P. für nicht gerechtfertigt erachte, da ein schwerer Schaden der Partei nicht zugefügt worden sei. Das Verhalten des Antragsgegners und das Interesse der Partei erfordern jedoch, für einen Zeitraum von 1½ Jahren ab Rechtskraft der Entscheidung die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern abzuerkennen.

Auf den schriftsätzlichen Parteivortrag und die Entscheidung des Landesschiedsgerichtes wird Bezug genommen.

Mit am 30.9.1981 bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen eingegangenen Schriftsatz hat der Antragsteller gegen diese Entscheidung Beschwerde eingelegt und diese gleichzeitig begründet. Der erstinstanzlich gestellte Ausschlußantrag wird mit der Beschwerde weiterverfolgt und gleichzeitig der Erlaß einer einstweiligen Anordnung dahingehend beantragt, die Parteiämter des Antragsgegners einstweilen ruhen zu lassen, hilfsweise die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern vorläufig abzuerkennen. Der Antragsgegner hat mit Schriftsatz vom 11.10.1981 beantragt, die Entscheidung des Landesschiedsgerichtes aufzuheben und den Antrag auf Ausschluß als unbegründet zurückzuweisen.

In der mündlichen Verhandlung am 30.4.1982 hat der Antragsteller und Beschwerdeführer ergänzend zu seinen schriftsätzlichen Ausführungen vorgetragen, daß die fraglichen Veröffentlichungen zu erheblicher Unruhe nicht nur innerhalb der Partei geführt hätten. Durch Anrufe und Leserbriefe hätten Bürger sich an den Kreisverband gewandt und der Rektor der Fachhochschule [in] H habe Maßnahmen gegen den verantwortlichen Redakteur brieflich gefordert. Welche Bedeutung dem Vorgang beizumessen sei, ergebe sich auch daraus, daß ein Strafverfahren wegen Verdachtes des Verstoßes gegen § 166 StGB eingeleitet und erst- und zweitinstanzlich zu einer Verurteilung des Beschwerdegegners geführt habe. Das Urteil sei jedoch noch nicht rechtskräftig. Zu Parteiaustritten aufgrund der R-Veröffentlichung sei es zum Glück nachweisbar nicht gekommen. Der Beschwerdeführer hat beantragt,

unter Abänderung der erstinstanzlichen Entscheidung den Beschwerdegegner aus der F.D.P. auszuschließen.

Weiterhin wurde beantragt,

durch einstweilige Anordnung das Ruhen der Mitgliedschaftsrechte anzuordnen.

Diesen Antrag begründete der Beschwerdeführer damit, daß noch nicht abzusehen sei, wann das Beschwerdeverfahren entschieden werde und bis dahin sei eine einstweilige Maßnahme erforderlich.

Auf Befragen hat der Beschwerdeführer jedoch klargestellt, daß dieser Antrag dann ohne Bedeutung sei, wenn am Tage der mündlichen Verhandlung oder in unmittelbarer zeitlicher Nähe hierzu entschieden werde.

Der Antragsgegner und Beschwerdegegner hat in Abweichung von seinem schriftsätzlichen Vortrag und nach ausdrücklichen Fragen des Bundesschiedsgerichtes beantragt,

den Ausschlußantrag zurückzuweisen.

Zur Begründung dieses Antrages hat der Beschwerdegegner ausgeführt, daß er mehrere Ausgaben der Zeitschrift "R" als verantwortlicher Redakteur betreut habe. Weder die Nummern 1 bis 3 noch die Nummern 5 ff. seien beanstandet worden, sondern ausschließlich die Nummer 4 sei zum Anlaß des Ausschlußantrages genommen worden. Offensichtlich habe der Kreisverband aufgrund der schon längere Zeit bestehenden Differenzen mit ihm einen Anlaß gesucht und gefunden. Zur Klarstellung im Hinblick auf verschiedene Veröffentlichungen hat er erklärt, daß er von der F.D.P. unmittelbar keine Gelder als Redakteur erhalten habe. Eingehend auf die Vorwürfe vertrat er die Ansicht, daß jede provokative Meinungsäußerung zu Diskussionen innerhalb und außerhalb der Partei führe und dies auch - nicht nur von ihm - beabsichtigt sei. Satirische Veröffentlichungen, um solche handle es sich hier, würden von dem Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit umfaßt. Man könne auch nicht einerseits Veröffentlichungen z.B. in der Zeitschrift TITANIC tolerieren, dieselbe Veröffentlichung im R dagegen beanstanden. Er räume aber ein, daß die Nummer 4 und die speziell angesprochenen Artikel und Karikaturen einen Verstoß gegen die guten Sitten und den Geschmack darstellen und im Hinblick auf das Toleranzgebot der Bundessatzung (§ 1 BS) ein Grenzfall vorliege. Auch bestreite er letztlich nicht einen Schaden für die Partei, hingegen den Eintritt eines schweren Schadens. Für das Parteiordnungsverfahren komme es nach seiner Ansicht nicht auf das gegen ihn laufende Strafverfahren an und der dort erhobene Vorwurf sei unbegründet; insoweit wurde auf ein überreichtes Gutachten zur strafrechtlichen Seite Bezug genommen. Weiterhin wurde eine dpa-Meldung übergeben bezüglich des Termins vor dem Bundesschiedsgericht, die auf einer Rückfrage des Journalisten bei ihm beruhe.

Die Sach- und Rechtslage wurde ausführlich erörtert. Der Beschwerdegegner gab hierbei klar zu erkennen, daß er aus verschiedenen Gründen - insbesondere auch im Hinblick auf einen beabsichtigten Umzug und beruflicher vorrangiger Zielsetzungen - die erstinstanzliche Entscheidung zu akzeptieren bereit sei.

Auf die Sitzungsniederschrift, die überreichten und allen Beteiligten in Ablichtung übergebenen Unterlagen und den schriftsätzlichen Vortrag wird ergänzend Bezug genommen.

Gründe

Die vom Beschwerdeführer eingelegte Beschwerde ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht.

Die Entscheidung des Landesschiedsgerichtes erging im schriftlichen Verfahren und die Zustimmung der Verfahrensbeteiligten erfolgte am Schluß der mündlichen Verhandlung am 11.3.1981. Nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung (§ 128 Abs. 2 ZPO) muß innerhalb von drei Monaten ab Zustimmung der Beteiligten zum schriftlichen Verfahren eine Entscheidung verkündet werden, nachdem zuvor unter Fristsetzung nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde. Die Schiedsgerichtsordnung der F.D.P. und auch das

Parteiengesetz schreiben eine unmittelbare Anwendung der zivilprozessrechtlichen Vorschriften jedoch nicht vor. In § 31 Schiedsgerichtsordnung (SchGO) ist nur eine entsprechende Anwendung der Zivilprozeßordnung vorgesehen, soweit keine ausdrücklichen anderweitigen Regelungen getroffen sind. Ob in einem Parteischiedsgerichtsverfahren die strengen Vorschriften des § 128 Abs. 2 ZPO anzuwenden sind kann jedoch dahingestellt bleiben, denn ein evtl. Verfahrensverstoß entzieht der ergangenen Entscheidung nicht ihre Grundlage. Hinzu kommt, daß in der Rechtsmittelbelehrung der angefochtenen Entscheidung eine Beschwerde binnen Monatsfrist ab Zustellung ausdrücklich erwähnt wird und insoweit für die Beteiligten ein Vertrauenstatbestand geschaffen wurde, der zumindest im Schiedsgerichtsverfahren Berücksichtigung finden muß. Die Belehrung ist auch nicht erkennbar fehlerhaft, denn bis zum 30.6.1977 galt für das schriftliche Verfahren, daß die Zustellung einer Entscheidung die Verkündung ersetzt. Dahingestellt bleiben kann in diesem Zusammenhang auch, ob im Parteischiedsgerichtsverfahren eine subsidiäre Rechtsmittelfrist im Sinne von § 516 ZPO zu berücksichtigen ist, denn die Beschwerdeschrift des Beschwerdeführers ging am 30.9.1981, also vor Ablauf der subsidiären Rechtsmittelfrist, ein. Da die Begründung gleichzeitig erfolgte (§§ 26, 18 SchGO), ist die Beschwerde zulässig.

Das erstinstanzliche Verfahren leidet auch nicht an Verfahrensfehlern, die eine Zurückverweisung erfordern könnten. Das Protokoll vom 11.3.1981 wurde zwar von zwei Protokollführern nacheinander geführt und nur von dem letzten unterzeichnet. Auf der Verletzung der Protokollvorschriften (§§ 163,165 ZPO) kann die Entscheidung nicht beruhen (BGHZ 31, 358,364).

Dasselbe gilt auch für die Unterlassung einer Fristsetzung für Schriftsätze und Anberaumung eines Verkündungstermins im schriftlichen Verfahren. Zumindest im Parteischiedsgerichtsverfahren muß auch Berücksichtigung finden, daß kein Verfahrensbeteiligter Verfahrensrügen erhoben hat und, daß auch das Beschwerdeverfahren Tatsachen- und nicht ausschließlich Rechtsinstanz ist.

In der Sache hatte die Beschwerde hingegen keinen Erfolg.

Ein wesentlicher Grundsatz der Freien Demokratischen Partei ist das Toleranzgebot, das in § 1 der Bundessatzung, der gemäß § 36 Abs. 2 Bundessatzung für alle Parteigliederungen verbindlich ist, inhaltlich umschrieben ist. Ein Verstoß hiergegen kann auch dann vorliegen, wenn die Handlung nach den staatlichen Gesetzen, insbesondere den Vorschriften des Strafgesetzbuches, nicht verboten ist. Aus diesem Grunde kommt dem Strafverfahren gegen den Beschwerdegegner keine Bedeutung zu und es bedarf deshalb auch nicht eines Eingehens auf die Probleme im Zusammenhang mit § 166 StGB und das vom Beschwerdegegner vorsorglich vorgelegte Gutachten. Letztlich unerheblich für das Parteischiedsgerichtsverfahren ist es aus diesem Grund auch, ob dieselben Handlungen von Dritten ungeahndet geblieben sind, denn das in § 1 Bundessatzung normierte Toleranzgebot ist eine Pflicht der Mitglieder der Partei ohne Rücksicht auf sonstige Vorschriften außerhalb des Parteirechts. Gegen das Toleranzgebot hat der Beschwerdegegner verstoßen. Zwar hat er die einzelnen Artikel und die Karikatur nicht verfaßt bzw. gezeichnet, für den Inhalt bzw. Aussage jedoch die Verantwortung übernommen. Mit seinem Namen hat er in der Ausgabe Nr. 4 nicht nur im presserechtlichen und damit evtl. strafrechtlichen Sinne die volle Verantwortung übernommen sondern auch unabhängig von diesen staatlichen Vorschriften. Für den in diesen Rechtsfragen nicht bewanderten Leser der Zeitschrift verbindet sich Artikel und Name zu einer logischen Einheit. Wer als Redakteur benannt ist, wird als Verursacher

angesehen und der gesamte Vor-gang ihm zugerechnet, so daß auch unabhängig von den presse- und strafrechtlichen Vorschriften über den verantwortlichen Redakteur eine unmittelbare Beziehung zwischen Artikel/ Karikatur und Person des Redakteurs geschaffen wird.

Der Beschwerdegegner hat durch die Veröffentlichungen der Partei auch Schaden zugefügt. Zutreffend hat er selber darauf hingewiesen, daß provokative Veröffentlichungen die Diskussion aufleben lassen und deshalb oft notwendig oder zweckmäßig sind. Dies gilt jedoch nur, soweit ohne Mißachtung des Toleranzgebotes gehandelt wird. Der Zweck, die Diskussion anzufachen, kann nicht eine sorgfältige Auswahl der hierfür verwandten Mittel gegenstandslos machen. Wer sich aus guter Absicht in der Wahl der Mittel vergreift muß sich dies vorhalten lassen müssen. Der Beschwerdegegner hat in der mündlichen Verhandlung eingeräumt, daß ein Verstoß gegen Geschmack und gute Sitten nicht in Abrede gestellt werden könne. Ob hingegen schon ein Verstoß gegen das Toleranzgebot vorliege, sei seiner Ansicht zu verneinen; auf jeden Fall läge ein Grenzfall vor. Das Gericht ist mit dem Beschwerdeführer der Überzeugung, daß die Grenzen vom Beschwerdegegner überschritten wurden, und zwar in erheblichem Maße. Dies hat auch die Resonanz in der Öffentlichkeit gezeigt, was der Vertreter des Beschwerdeführers im einzelnen geschildert hat und vom Beschwerdegegner auch nicht bestritten wurde. Der Beschwerdeführer hat, um diese in der Öffentlichkeit vorherrschende Empörung einzudämmen und zurückzudrängen, den Ausschlußantrag gestellt und dies auch bekanntgegeben. Nur durch diese Maßnahme konnte eine gewisse Beruhigung der öffentlichen Meinung herbeigeführt werden. Die längere Zeit andauernde Diskussion, wie vorstehend geschildert, ist ein Schaden für die Partei, da es sich nicht um eine kontroverse, von Heft 4 des R angefachte Sachdiskussion handelte sondern ausschließlich um eine solche über gute Sitten, Geschmack und Toleranz.

Ein schwerer Schaden konnte jedoch nicht festgestellt werden. Die Tatsache einer länger anhaltenden öffentlichen Diskussion im vorstehenden Sinne erfüllt diesen Tatbestand nicht. Sowohl die Bundessatzung als auch das Parteiengesetz lassen einen Ausschluß nur unter der Voraussetzung eines schweren Schadens zu, ohne eine Definition hierzu zu geben. Aus der Gesamtheit aller Regelungen über Aufnahme in eine Partei und Rechte und Pflichten eines Parteimitgliedes ergibt sich jedoch, daß der Ausschluß nur in Ausnahmefällen zulässig ist. Deshalb kommt dem schweren Schaden ein besonderes Gewicht zu. Im Gegen-satz zum Schaden ist für die Annahme eines schweren Schadens erforderlich, letzteren Begriff eng auszulegen. Einer abstrakten oder konkreten Abgrenzung bedarf es im vorliegenden Fall jedoch nicht, denn nach Überzeugung des Gerichtes hat der Beschwerdegegner der Partei zwar einen Schaden, jedoch - noch - keinen schweren Schaden zugefügt.

Die Veröffentlichung erfolgte auch mit Wissen und Wollen des Beschwerdegegners und er war sich letztlich auch bewußt, daß er dem Toleranzgebot zuwider handelte. Auf die Tatsache anderweitiger, ungerügter Veröffentlichungen kann er sich mit Erfolg nicht berufen, denn bei der von ihm u.a. zitierten Zeitschrift TITANIC handelt es sich nicht um eine Schüler- und Jugendzeitschrift. Hinzu kommt, daß derartige gewerbliche Veröffentlichungen vom Leser anders beurteilt werden als Veröffentlichungen einer Partei oder einer Jugendorganisation, die zwar rechtlich nicht Teil der Partei ist, der politische Zusammenhang hingegen offenkundig eng ist. Der Beschwerdegegner ist darüber hinaus nicht nur Mitglied der - rechtlich - selbständigen Jungdemokraten gewesen sondern war und ist Mitglied der Partei und hatte zumindest zum Tatzeitpunkt auch in dieser Ämter inne, was in einigen Presseveröffentlichung angesprochen wurde.

Auf den Eintritt eines Schadens oder sogar schweren Schadens braucht sich der Vorsatz nicht zu erstrecken; insoweit handelt es sich um objektive Bedingungen der Strafbarkeit.

Gegen den Beschwerdegegner war daher eine Ordnungsmaßnahme zu verhängen. Mit dem Landes-schiedsgericht ist das Bundesschiedsgericht der Ansicht, daß die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung von Parteiämtern die notwendige Maßnahme ist. Die vom Landesschiedsgericht ausgesprochene Sperre von einem Jahr und sechs Monaten ist unter Berücksichtigung des der Partei entstandenen Schadens angemessen und erforderlich. Die Bundessatzung läßt als Höchststrafe eine Sperre von zwei Jahren zu. Wenn das Bundesschiedsgericht ebenfalls die Dauer der Sperre dicht an der Höchstgrenze bestätigt, so insbesondere, weil ein schwerer Schaden gerade noch nicht eingetreten ist. Für diesen Fall wäre der Ausschluß dann zwingend erforderlich geworden.

Der Antrag des Beschwerdeführers auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung war ebenso wie der Antrag auf Ausschluß zurückzuweisen. Für eine Eilmaßnahme fehlt es am Rechtsschutzinteresse, denn die begehrte Eilmaßnahme sollte nur den Zeitraum zwischen Verhandlung und Entscheidung überbrücken. Nachdem in der mündlichen Verhandlung in der Hauptsache entschieden wurde, konnte eine Eilmaßnahme nicht mehr ergehen, da ein Rechtsbehelf im Sinne der Schiedsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nicht gegeben ist.

Bezüglich der Kosten des Verfahrens, insbesondere der Auslagen der Verfahrensbeteiligten, sah das Gericht keinen Anlaß, vom Grundsatz der Kostenfreiheit des Verfahrens (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Schiedsgerichtsordnung) abzugehen.